



SPD Fraktion ● Marktstraße 8 ● 25813 Husum

An den Vorsitzenden
des Arbeits- und Sozialausschusses
Herrn Carsten-F. Sörensen

Im Hause

Husum, den 13.08.2019

Arbeits- und Sozialausschuss am 13.08.19, TOP: Beratung und Beschlussfassung über die Stellungnahme der Aufhebung der Mietpreisbremse

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Arbeit- und Sozialausschuss möge folgende Ergänzung zum Beschlussvorschlag der Vorlage 101/2019 beschließen:

„Der Kreis Nordfriesland begrüßt dabei außerdem den Erhalt und die Verschärfung der Wirkung der Mietpreisbremse durch die Bundesregierung. Gleichzeitig fordert er die Landesregierung auf, von der Abschaffung der Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung abzusehen und alle Möglichkeiten zu nutzen, um den rasant steigenden Mieten wirkungsvoll entgegenzuwirken und den bezahlbaren Wohnraum stärker zu fördern. Die Landesregierung wird gebeten, bei der Bundesregierung für eine erhöhte Durchsetzbarkeit der Mietpreisbremse einzutreten und die Änderungen des erst am 01.01.2019 in Kraft getretenen Mietrechtsanpassungsgesetzes (MietAnpG) konsequent umzusetzen. Eine Abschaffung der Mietpreisbremse bevor das MietAnpG seine Wirkung entfalten kann, hält der Kreis Nordfriesland mit Blick auf die vorgebrachte angeblich mangelnde Wirksamkeit der Mietpreisbremse für wenig zielgerichtet.

Außerdem fordert der Kreis Nordfriesland eine weitere Verschärfung der Mietpreisbremse, z.B. in Form einer Verpflichtung von Vermieterinnen und Vermietern, bei Verstößen gegen die Mietpreisbremse, bereits zu viel gezahlte Miete zurückzuzahlen.

Darüber hinaus fordert der Kreis Nordfriesland zu prüfen, ob die Mietpreisbremse für weitere Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt (z.B. St. Peter-Ording, Husum, Niebüll und die Gemeinden der Insel Amrum) Anwendung finden kann.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Für die Fraktion
Truels Reichardt

Seite 1